

Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Kretsch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Riesdorf und Dresden-Litke

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4000.— M., durch die Post bezogen monatlich 4000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1250.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonnabendnummer 250.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 3spaltige Nonpareilzeile 400.— M., auswärts 600.— M., die 3spaltige Melangezeile 1500.— M., auswärts 1800.— M., Ausland 2400 u. 7300 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienanzeig., Stellen- u. Mietzeile 40 Proz. Rabatt. Für Dreimonatsbeleg 150 M.

Nr. 72

Dresden, Montag den 26. März 1923

34. Jahrg.

Der deutschvölkische Hochberrat

Durch die Vereitelung eines deutschvölkischen Bundes hat der preussische Minister des Innern dem deutschen Volke einen großen Dienst erwiesen. Um die Abwehrfront an der Ruhr gegen den äußeren Feind vor dem endgültigen Zusammenbruch zu bewahren, mühte Eberling so handeln, wie er gehandelt hat. Man sollte deshalb annehmen, daß ihm von allen Seiten Dank zuteil wird und sich insbesondere die Kreise auf seine Seite stellen würden, denen die Abwehrfront an der Ruhr wenigstens mit dem Rundfunk über alles geht. Statt dessen folgen jedoch die Deutschnationalen dem preussischen Minister des Innern den Kampf an. Damit identifizieren sie sich mit den Hochverrätern um Wulle, Graefe und Henning. Es zeigt sich also in erfreulicher Klarheit, daß die Abwehrfront für die Deutschnationalen lediglich Mittel zur Verwirklichung einer Reichsrepublik sein sollte, daß ihnen die Interessen, die an der Ruhr verfolgten werden, gleichgültig sind, nachdem sie sich davon überzeugen mußten, daß sich die überwindende Mehrheit des deutschen Volkes unter dem Vorwand der Stärkung der Abwehr von der Wehr nicht mißbrauchen lassen will. Wie betont deshalb heute nochmals, daß es für uns niemals eine Gemeinschaft mit Verrätern geben kann, die sich mit solchen Hochverrätern identifizieren. Wie weit auch die Volkspartei zu dieser Kategorie gehört, wird sich bald zeigen müssen. Im preussischen Landtag ist der volksparteiliche Fraktionsredner aus Anlaß der sozialdemokratischen Interpellation über die Selbstbehauptungsorganisationen erfreulicherweise von jenem Grund abgerückt, das die Not des Volkes benutzen will, um seinen Interessen mit 100-mal zum Ziele zu verhelfen. Dagegen hat ein Teil der Reichstagsfraktion der Volkspartei am Sonnabend bei der Abstimmung über den Antrag Graefe den Eindruck erweckt, daß sie mit Graefe über die widerrechtliche Auflösung seiner Fraktion einig ist. Nach offener gebärdet sich das parteioffizielle Organ der Volkspartei, die Zeit. Dieses Blatt wendet sich nicht nur dagegen, daß der Name Ludendorff gemeinsam mit den Ausschüssen genannt wird, trotzdem Ludendorffs Beteiligung offiziell festgestellt ist, sondern erkennt den Hochverrätern noch eine „eheliche Vaterlandsliebe“ zu und bemüht sich mit den Deutschnationalen, die Reichsregierung gegen den preussischen Innenminister auszuspielen.

Der Reichsregierung wird nichts anderes übrig bleiben, als sich der Auflösung des preussischen Innenministers anzuschließen. Das ergibt sich schon daraus, daß Eberling seine Aktion in Übereinstimmung mit maßgebenden Persönlichkeiten des Reiches eingeleitet hat, nachdem auch diese Persönlichkeiten der Auffassung waren, daß die Pläne der deutschvölkischen auf einen gemeinschaftlichen Hochberrat hinauslaufen. Das dürfte auch dem Reichskanzler bekannt sein. Wir müssen deshalb unsere Bertwunderung darüber aussprechen, daß Cuno trotzdem am Sonntag die Führer des geplanten Hochberrats, die Graefe, Wulle und Henning, empfangen hat, um mit ihnen über die Auflösung der Volkspartei zu konferieren. Damit hat der Reichskanzler der Sache gerade keinen guten Dienst erwiesen. Er hätte besser getan, jenen Verrätern, die im preussischen Landtag von einem bürgerlichen Redner u. a. als politische Hochstapler bezeichnet wurden, die Tür zu weisen. Nur eine derartige Handlungsweise hätte auf die an Kadavergehörjam gewohnten Graefe, Wulle und Henning wirken können. Das von den maßgebenden preussischen Instanzen die Hochverräter nicht empfangen werden, davon sind wir überzeugt.

Für die Charaktereigenschaften der deutschvölkischen Führer spricht folgende Tatsache: Die deutschvölkische Volkspartei sah ihre Hauptziele in der gewalttätigen Aenderung der Staatsverfassung und der Bekämpfung des Judentums. Das hindert diese traurige Gesellschaft jedoch nicht, die große Berliner Presse über irgendwelche Beschlüsse der deutschvölkischen Volkspartei oder legt über Maßnahmen gegen die Auflösung dieser Organisation ausschließlich durch eine Korrespondenz unterrichten zu lassen, die seit Beginn ihrer Existenz sich in dem Besitz eines J. C. Korrespondenz, deren Inhaber Herr Martin Kochanski ist.

Die Begründung

In der Begründung, die der preussische Minister dem Verbot der deutschvölkischen Volkspartei beifügt, wird gesagt, daß diese Partei für ihre Zwecke als eine verbotene Fortsetzung der verbotenen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei anzusehen ist, daß sie ferner die verbotene „Großdeutsche Arbeiterbewegung“ in sich aufgenommen und den aufgelösten Verband nationalgeringer Soldaten übernommen hat. In der Begründung heißt es dann wörtlich weiter: „Der organische Zusammenhang der außerhalb Preussens zum Teil noch offen bestehenden Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der deutschvölkischen Volkspartei wird durch die in den jüngsten Tagen bekanntgewordene Verschmelzung beider Organisationen zweifelsfrei erwiesen. Dabei hat sich die deutschvölkische Volkspartei der Führung von Adolf Hitler unterstellt.“

Da es nach den Bestimmungen des Republikgesetzes nicht erlaubt ist, eine verbotene Vereinigung in irgendeiner Form fortzusetzen und auch der Deklaration einer Reichspartei hierfür nicht benutzt werden darf, unterliegt auch die deutschvölkische Volkspartei dem Verbot, das für Preussen gegen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei erlassen ist. Das Ziel der deutschvölkischen Volkspartei ist nach der Erklärung des Parteivorstandes v. Graefe auf der Parteikonferenz vom 10. Dezember 1922 unter anderem entsprechend den

Zielen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei auf Beseitigung des Parlamentarismus gerichtet. Dieses Ziel hat die Partei nicht auf verfassungsmäßigem Wege verfolgt, sie hat es vielmehr unter Verstoß gegen den Reichsvertrag und gegen die Verfassung durch die Verwirklichung einer republikanischen Staatsform in einer Weise untergraben, die auch als Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens im Sinne der Paragraphen 81 Nr. 2 und 86 des StGB. zu gelten hat. In Verfolgung dieses Zieles hat die Partei nämlich im geheimen umfangreiche Vorbereitungen zu einem nationalsozialistischen Putsch getroffen. In fast allen preussischen Provinzen sind von der Partei

„Hunbertschaften“ oder sogenannte „Turnerschaften“

gebildet worden, die sich selbst als Bestände der deutschvölkischen Volkspartei bezeichnen und zu einem unmittelbaren in der Parteileitung tätigen, dem früheren Selbstschußführer Oberleutnant a. D. Hoffmann unterstellten „Kommando der Turnerschaften“ zusammengeschlossen sind. Dafür, daß mit dieser Organisation innerpolitische Kampfsiele verfolgt wurden, liegen urkundliche Beweise vor. Insbesondere steht auch fest, daß Fühlung mit einzelnen Kreisen der Reichswehr gesucht worden ist, um diese zu bestimmen, bei dem Kampfe, mit dessen Ausbruch noch im Monat März gerechnet wurde, „wohlwollende Neutralität“ zu bewahren. Waffen sind bei einzelnen Mitgliedern gefunden worden; auch liegt urkundliches Material für weiteren Waffenbesitz vor.

Verbot und Auflösung der deutschvölkischen Volkspartei sind somit auch wegen Verstoßes gegen den Paragraph 7 Absatz 1 Nr. 4 und 5 des Gesetzes zum Schutze der Republik gerechtfertigt. Bei dieser Sach- und Rechtslage erübrigt sich die Anführung des weiter vorliegenden Materials sowie der außerdem anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen. Die Vermögensbeschlagnahme ist durch Paragraph 18 des Gesetzes gerechtfertigt.

Die Verhaftungen

Nach einer Meldung der Deutschen Zeitung aus Warschau wurde der Schriftsteller Artur Dinter durch den Reichsgerichtsrat verhaftet und darauf in das Amtsgerichtsgefängnis Stiebelstein eingeliefert.

Die in Berlin von der Polizei festgenommenen Personen sind dem Richter vorgeführt; gegen sieben der Festgenommenen ist richterlicher Haftbefehl ergangen nämlich gegen den Oberleutnant Hoffmann, gegen den stellvertretenden Leiter der deutschvölkischen Volkspartei Oberleutnant Professor Danke, gegen den Major a. D. Suetting, gegen Major a. D. Krogh, Major a. D. Schröder, gegen Bureauvorsteher Schulz und gegen den Kaufmann Hans Werner Silius, sämtlich aus Breslau, ferner gegen den Kaufmann Johann Toeller in Trebnitz und den früheren Leutnant Horst v. Lettenborn in Berlin. Die Polizei nahm ferner eine Reihe von Hausdurchsuchungen vor, bei denen wichtiges Material zutage gefördert wurde.

Die Verschwörungen in Thüringen

Das Presseamt Thüringen teilt mit: Die gleichzeitig mit den preussischen Erhebungen über gegenrevolutionäre Machenschaften der rechtsradikalen Kreise in Thüringen eingeleiteten Untersuchungen haben außerordentlich belastendes Material ergeben. Demnach kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die deutschvölkische Volkspartei in Ziel, Taktik und Organisation mit der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ohne weiteres identifiziert werden kann. In Thüringen ist die N. S. A. P. verboten. Sie legt aber ihre Arbeit unter der Fäulnis der deutschvölkischen Volkspartei fort. In einer größeren Zahl von Städten Thüringens sind durch die amtlichen Erhebungen organisierte militärische Kampfeinheiten der Nationalsozialisten festgestellt worden. Auch wurden mehrfach Waffen und nicht geringe Munitionsmengen beschlagnahmt. Militärische Übungen z. B. unter Leitung von Offizieren haben stattgefunden. Der enge Zusammenhang dieser Veranstaltungen mit der Hitlerbewegung ist erwiesen. Die Thür. Regierung hat umfangreiches Beweismaterial in ihren Händen über den rein putschistischen Charakter der rechtsradikalen Bewegung, die nicht nur über zahlreiche festorganisierte Hundertschaften verfügt, sondern ihre Organisation bereits zu ausgeprägten militärischen Verbänden (Bataillone und Regimenter) durchorganisiert hat. Die Ermittlungen, die schon jetzt einwandfrei ergeben haben, daß der Rechtsradikalismus auf baldigen Bürgerkrieg hinarbeitet, werden mit aller Kraft fortgesetzt.

Die Regelung der Orientfragen

rn. London, 26. März. (Eig. Drahtm.) Die Sachverständigenabermählungen über die türkischen Gegenforderungen werden heute zu Ende gehen. Ueber die einzelnen Punkte soll die Entscheidung den Regierungen selbst überlassen bleiben, so über die griechisch-türkischen Grenzabgrenzungen und die Übernahme der türkischen Staatsschulden durch die Vorkriegsstaaten. Insbesondere soll Jugoslawien zur Übernahme eines Teiles der Schulden genötigt werden, die von der Belgrader Regierung bisher abgelehnt worden ist.

Sozialdemokratie und sozialistische Regierungen

Von Carl Böchel, Chemnitz.

Die ersten Ringe der Entwicklung, die sich jetzt schon sichtbar aus dem Mutterboden der neuen Zeit herausheben und jenes Experimentierland enger umgrenzen, das seiner ganzen Struktur nach die günstigsten Vorbedingungen für die zum Sozialismus drängende Entwicklung bietet, umschließen zweifellos unser Land, vom Klassenkampf durchdrungen und doch mit Aufbietung aller Kräfte schaffendes Deutschland. In dem Land, das die Großen des Sozialismus und die proletarische Massenbewegung hervorbrachte, das überall bei den internationalen Kämpfen an der Spitze stand, wird der Sozialismus seine ersten Götterläufe machen. Und es ist wieder einmal, wie so oft schon in der Geschichte der Menschheit, der Hammer der Not, der die neuen Formen schmiedet. Wer die Kämpfe der letzten Jahre und ihre zunehmende Verschärfung richtig beobachtet, wer die Verdichtung der beiden Kampfpläne in einen bürgerlichen und einen sozialistischen Block aufmerksam betrachtet, der sieht, wie mit unbarmherziger Logik sich täglich mehr und mehr die Dinge in diesem Sinne gruppieren und aufbauen. Selbst die stärkste nationale Bedrohung vermag diese Gruppierung nicht aufzuhalten. Kaum ist das Rahm der Rede von der Einheitsfront im Reichstag verklungen, da stellt sich die Wirklichkeit der Dinge beim Steuerkampf mit schneidender Schärfe ein. Nicht einen Großen opfert der Block der Steuerdeuren, in dessen Draußen ein Volk in Not verkommt — der künstlich verflechtete Reif klappt auf und die Sozialisten, die stärkste Partei des Landes, verlassen die Verhandlungen und treten in Obstruktion. Unwillige Politiker hüben und drüben machen wohl den Versuch, an diesen Gegensätzen vorbeizukommen, proklamieren die sogenannte mittlere Linie. Aber die Not der Massen, deren Bänderung und Behebung unlösbar gebunden ist an die Beseitigung der kapitalistischen Formate, wuchtet immer wieder mit höherem Schritt in den Verhandlungsstall und stellt das Grundproblem zwangsläufig zur Debatte.

In diesem Wechselspiel der Kräfte war die Regierungsbildung in Sachsen eine interessante Etappe und es verlohnt sich, den Fall vom Standpunkte der Gesamtbewegung näher zu betrachten. Fast man dies Deutschland näher ins Auge, so fallen einem bestimmte Bezirke auf, in denen der sozialistische Wille härter und zusammengeballter aufzutreten scheint. Das hat seine biologischen, sozialen und entwicklungs-geschichtlichen Ursachen. Die sächsische Partei ist die älteste im Reich und als das Heer der Sittenerbeiter sich noch im tiefen Schlaf der Bewußtlosigkeit seiner Klassenlage befand, da kämpften die sächsischen Handwerker und Spezialarbeiter schon als Vortrupp in der sozialistischen Bewegung. Die ältesten Führer der Partei aus der Heroismus des Sozialismus eroberten von hier aus ihren Platz auf der Parlamentarischen Bühne und die Konturen der Klassengegensätze treten auf diesem vorbereiteten Boden scharfer ins Licht. Das rote Königreich hatte früher schon die rückständigste Verfassung und die am besten organisierte proletarische Kampftruppe. In es ein Wunder, daß hier das Ringen um unser politisches Schicksal, die sozialistische Regierungsgewalt, auf deren Hilfe allein, das höhere wirtschaftliche Ziel, die Sozialisierung der Produktionsmittel, erreicht werden kann, daß das hier am besten und kräftigsten in Erscheinung tritt? Und daß wir in Sachsen, wo keine christliche Arbeiterbewegung und es keinen christlichen Solidarismus gibt, wo ein bis auf die Knochen verpöckeltes und verunmertes Bürgerium vor Gestalten wie Nothmann, Wirth und Erberger entsetzt flüchtet, daß wir zwingender als andere Freistaaten vor die Frage gestellt sind, die Hebel der Staatsmaschine im Interesse des arbeitenden Volkes den bürgerlichen Händen ganz zu entwenden, womit dann mit ebenso zwingender Logik das Problem der sozialistischen Alleinherrschaft selbst gestellt ist.

Wir wissen genau, daß damit manchem Genossen, der anderer Meinung ist, die Kreise gestört werden. Es ist ja interessant, daß in keinem Freistaat, auch in Sachsen nicht, die Sozialdemokraten aus eigener Kraft allein die politischen Geschäfte des Landes führen können. Die Frage steht nun: Anlehnung nach rechts oder links? Die Meinung darüber ist in der Partei geteilt, aber beide Meinungen sind achtenswert. Beide Meinungen stehen auch im Stadium des Experimentals, einzustaatlich einmal in Preussen und zum anderenmal im sozialistischen Mitteldeutschland. Zugegeben, daß ein Eberling im Kabinett der großen Koalition verdienstvollste Arbeit zu leisten vermochte, so gebraucht er seine Hauptkraft doch nur in der Exekutive, in der Verteidigung des Erregenen. In Sachsen und Thüringen aber handelt es sich um die Legislative, soweit sie noch im Rahmen des Freistaates gehandhabt werden kann; handelt es sich um Gesetzgebung von größter Tragweite, die den nächsten Jahrzehnten ihren Stempel entweder im freiheitlich-sozialistischen oder reaktionär-bürgerlichen Sinne aufdrücken. Um nur das Wichtigste herauszugreifen: die Gemeindefassungsreform, an der seit zwei Jahren gearbeitet wird und die kurz vor der Verabschiedung steht, ist eines der modernsten Gesetzgebungswerke unserer Zeit. In die mühsigen Stützen der hohen Magistratur legt die frische Luft hinein und in einem mächtigen Ruckelbau der weitestgehenden kommunalen Demokratie wird die Wache der sächsischen Arbeiterchaft regelmäßig verankert. Es ist von eigenem Reiz, zu hören, daß die acht Landtags-Deputierten bei den mit ihnen geführten